„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Chefredakteur.
Geschäftslokal: 1835—1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Mittwochausgabe 12—24 Seiten stark.

"DER COURIER"
The Organ of the German-speaking settler of the West
MEMBERS OF A.B.C.

Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASS'N, LTD., a joint stock company, at its office and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can.
All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EHMANN, *Managing Director.*
(Advertising Rates upon application)

Und wir?

Vor einiger Zeit ging durch die deutschamerikanische Presse eine Meldung über die stetig wachsende Besucherzahl des Deutschunterrichtes in den höheren Schulen New Yorks. Besonders bemerkenswert ist diese Zunahme an der dortigen De Witt Clinton-Hochschule, die allein 41 deutsche Klassen mit einer Gesamtschülerzahl von 1333 und zehn deutschen Lehrern aufzuweisen hat. Etwa 300 Schüler mehr beteiligen sich am Deutschunterricht gegenüber dem vorhergegangenen Semester. Aehnliche Berichte liegen von anderen New Yorker Unterrichtsanstalten vor; so hat die James Monroe-Hochschule 850 Schüler bei einer Zunahme von 130, die Bons Hochschule 420 Deutschschüler, die George Washington-Hochschule 280 Deutschschüler usw. Direktor James L. Beha stellte fest, daß an den Junior-Hochschulen ebenfalls ein immer stärkerer Zustrom zum Deutschunterricht wahrzunehmen ist, und daß drei neue Schulen dieser Art die deutsche Sprache in ihr Lehrprogramm aufgenommen haben. Das rege Interesse an der Erlernung der deutschen Sprache tritt auch in den New Yorker „Colleges" immer deutlicher hervor, sodaß in einigen Anstalten sogar neue deutsche Lehrkräfte eingestellt werden mußten.

Dieser kurze Ueberblick über die Entwicklung des Deutschunterrichtes in der Weltstadt New York muß uns ganz unwillkürlich zu der Frage veranlassen: Und wir? Was geschieht in Canada zur Förderung des deutschen Sprachunterrichtes? Sind wir Deutschcanadier selbst ernsthaft und eifrig genug bemüht, um der deutschen Sprache auch hier zu einer achtunggebietenden Stellung im Lehrplane unserer Schulen zu verhelfen? Werden wenigstens die Gelegenheiten, die in höheren Schulen unseres Landes zur Erlernung des Deutschen geboten werden, voll und ganz ausgenützt? Mancher Professor der deutschen Sprache hat uns gegenüber schon darüber bewegte Klage geführt, daß die deutschen Eltern selbst nicht mit dem nötigen Nachdruck darauf dringen, daß ihre Kinder den deutschen Unterricht besuchen.

Wo liegt mithin in erster Linie die Schuld? Im deutschcanadischen Elternhaus! Wo Vater und Mutter mit dem nötigen Ernst darüber wachen, daß im deutschen Heim nur das deutsche Wort und Lied erklingt, da ist die Erhaltung des kostbaren Erbes unserer deutschen Muttersprache verhältnismäßig leicht. Gewissermaßen spielend erlernt der Knabe oder das Mädchen das Deutsche neben dem Englischen, das ihm im Verkehr mit seinen Kameraden und in der Schule eingeprägt wird. Es kann unseres Erachtens gar keine Meinungsverschiedenheit darüber bestehen, daß unsere Kinder die englische Sprache in Wort und Schrift gründlich erlernen und tüchtig beherrschen sollen, um auf diese Weise befähigt zu werden, im wirtschaftlichen und öffentlichen Leben Canadas maßgebend mitwirken zu können. Aber es ist nicht einzusehen, warum die deutsche Sprache deswegen auf den Aussterbeetat gesetzt oder in unseren Familien, in unseren Kirchen und Vereinen durch ein oft sehr klägliches Stammeln des Englischen verdrängt werden soll. Mitunter hört man die faule Ausrede: „Mein Kind versteht das Englische besser als das Deutsche". Wessen Schuld ist es? Jene Eltern, die ihren Kindern keine Gelegenheit zum richtigen Erlernen der Muttersprache geboten haben, die es sich gefallen lassen, daß ihre Kinder auf deutsche Fragen englisch antworten, müssen sich schuldbewußt an ihre eigene Brust klopfen. Nicht die Regierungen, nicht die Schulbehörden, nicht die Geistlichen sind anzuklagen, wenn die deutschsprechenden Väter und Mütter dieser hochwichtigen Angelegenheit und dieser Lebensfrage unseres canadischen Deutschtums gleichgültig und nachlässig gegenüberstehen.

Viele unserer deutschstämmigen Freunde, die aus Rußland, Ungarn, Rumänien, Jugoslavien, der Bukowina usw. hier eingewandert sind, weisen oft mit berechtigtem Stolze darauf hin, daß die deutsche Sprache sich unter den fremden Völkern rein und unverfälscht bewahrt hat. Hohe Anerkennung gebührt fürwahr unseren Deutschen aus Rußland, Ungarn, der Bukowina usw. für ihr unerschütterliches Festhalten am deutschen Sprach- und Kulturgut. Das war echte deutsche Treue. Heute noch wird in jenen europäischen Ländern um die Erhaltung deutscher Sprache und deutscher Art ein zäher Kampf geführt. Manche, die ihre deutsche Abstammung und Muttersprache fast vergessen hatten, wie die Sathmarer Schwaben, wurden durch die Ereignisse und Umwälzungen des Weltkrieges und der Nachkriegszeit aufgeweckt und bekennen sich heute ebenfalls mannhaft zu ihrem Stammvolk. Wie aus dem einleitenden Bericht zu ersehen ist, besinnt sich sogar das deutsche Element in den Ver. Staaten mehr u. mehr auf den herrlichen deutschen Sprachschatz. Nur in Canada möchten ängstliche und zaghafte Gemüter oder solche, die auch auf der anderen Seite Liebkind sein wollen, durch armseliges Stottern des Englischen sich als Patentcanadier erweisen, obwohl sie doch bei jeder sich bietenden Gelegenheit als „Foreigners" beschimpft oder als Bürger zweiter Klasse behandelt werden. Wir haben nicht den geringsten Grund, uns zu verkriechen oder uns gar unserer deutschen Sprache zu schämen. Im Gegenteil, wir dürfen stolz erhobenen Hauptes einherschreiten. Das deutsche Volk, dem man so gerne das Lebenslicht ausgeblasen hätte, hat seit dem Zusammenbruch durch glänzende Leistungen deutscher Kulturarbeit sich als ein unentbehrlicher Faktor in der menschlichen Zivilisation erwiesen und ist zu noch Größerem in der Welt berufen. In vielen Ländern wird von Nichtdeutschen die deutsche Sprache eifrig erlernt, weil man erkennt, daß jeder halbwegs gebildete Mensch das Deutsche können muß, um sich mit den Werken deutschen Geistes und deutscher Kultur vertraut zu machen; denn die beste Uebersetzung kann den Text in der Ursprache nicht ganz ersetzen.

Vielleicht denkt mancher unserer werten Leser bei der Lektüre dieser Zeilen: Schön gesprochen. Doch wir erwarten dafür kein Lob; denn „Der Courier" erfüllt damit nur seine Pflicht als führendes Organ der Deutschcanadier. Was wir jedoch erwarten, ist, daß jeder unserer werten Freunde zunächst in seinem eigenen häuslichen Kreise, in seiner Familie, dann aber auch in seiner Gemeinde, seinem Schuldistrikt und in der breiten Oeffentlichkeit für die hier ausgesprochenen Gedanken eintritt. Doch der beste Lehrmeister ist und bleibt das gute Beispiel, besonders gegenüber den eigenen Kindern. Bemerken und fühlen die Kinder, daß es Vater und Mutter mit ihrem Festhalten an der deutschen Sprache heiliger Ernst ist, daß sie stolz sind auf das Erbgut ihrer Ahnen, so wird sich in den Kindern von selbst eine warme Liebe zur Muttersprache entwickeln, zu jenem Kleinod, das uns nicht um schnöden Mammon feil sein sollte. Wo keine Gelegenheit zum Deutschunterricht geboten wird, können die Eltern in den langen Winterabenden den Kindern selbst das Lesen und Schreiben der deutschen Sprache beibringen. So manche tun es; andere sollten diesem schönen Beispiel folgen. Wer einmal den Versuch macht, wird feststellen, daß es gar nicht so sehr großer Mühe bedarf. Unsere deutschen Vereine aber sollten es sich überall zu einer Hauptaufgabe machen, den deutschen Unterricht und die deutsche Presse zu fördern, durch deutsche theatralische und musikalische Darbietungen das Interesse wach zu halten und insbesondere das deutsche Lied, namentlich das deutsche Volkslied, zu pflegen. Das deutsche Lied, das Kirchenlied wie das Volkslied, ist eine starke Stütze der deutschen Sprache im fremden Land; denn in ihm klingt und singt, jubelt und klagt die deutsche Seele, das deutsche Herz, das tiefe deutsche Gemüt.

Wer uns aber wegen unserer Liebe zum deutschen Wort und Lied als unloyalen Canadier verdächtigen will, den können wir als Verleumder brandmarken. Nicht dadurch, daß man Englisch spricht, wird man zum guten, hundertprozentigen Canadier, sondern nur durch treue Erfüllung der Bürgerpflichten und gewissenhafte Beobachtung der Landesgesetze. Darin lassen wir uns aber von keinem anderen übertreffen. Wenn wir für unsere Muttersprache eintreten, so nur deswegen, weil es das heilige und unantastbare Naturrecht eines jeden Menschen auf Gottes weiter Erde ist, jene Sprache zu lieben und zu hüten, die der Mutter Mund auf unsere Zunge und in unser Herz gelegt hat.

Frankreich und der „Faschismus" in Deutschland

Zu diesem Thema äußerte sich das englische Blatt „The Nation", London, folgendermaßen:

„In politischer Hinsicht ist die deutsche Krise eine Warnung nicht nur für die deutsche Demokratie, sondern auch für den französischen Liberalismus. Der Aufstieg der Nationalsozialisten ist eine der Früchte des Poincare-Regimes. Die an seine Stelle getretene mehr versöhnliche Politik des Herrn Briand ist zu spät gekommen und nicht weit genug gegangen, um den bereits angerichteten Schaden wieder gutzumachen. Eine Rückkehr zur Sicherungspolitik des Herrn Poincare würde zu einer Stärkung der faschistischen Bewegung in Deutschland führen; eine weitere Entwicklung der Briand-Politik würde ihr jedoch die Hälfte ihres Stachels nehmen. Es ist höchste Zeit, daß Paris und Warschau — gleich den Realpolitikern Castlereagh und Wellington — einsehen, daß ein großes Volk inmitten einer bewaffneten Welt nicht dauernd in entwaffnetem Zustand gehalten werden kann. Erst wenn die vaterländisch gesinnten Deutschen deutlich fühlen können, daß Deutschland wirklich — nicht lediglich formell — als gleichberechtigter Partner in der Weltgemeinschaft anerkannt wird, und daß für die deutschen Minderheiten im Auslande ein angemessener Schutz gewährleistet ist, wird der nationalsozialistische Schlachtruf „Vertragsrevision!" seine Zugkraft verlieren.

„Das ist natürlich nicht nur Frankreichs und Polens Sache. Es handelt sich vielmehr um eine Angelegenheit des gesamten Völkerbundes; denn es kommt darauf an, daß die Völkerbundsmaschine vervollkommnet wird, und daß alle Länder vom Völkerbundsgeist durchdrungen werden. Deutschland wird die Aufrichtigkeit bei der Verwirklichung des Völkerbundsgedankens am Fortschritt der Abrüstung bemessen. Die Mitglieder des Völkerbundes sind zu beträchtlichen Rüstungsbeschränkungen verpflichtet; wird dieser Verpflichtung nicht entsprochen, so werden die Beschränkungen der deutschen Rüstungen eines Tages von selbst fallen."

Weltumschau

Sparsamkeit im Reichshaushalt. Die Entschlossenheit, mit welcher die deutsche Regierung die Senkung der Ausgaben für den Reichshaushalt durchzuführen gedenkt, ist aus ihren Budgetveranschlagungen für das Jahr 1931 ersichtlich, die sie dem Reichsrat vorzulegen gedenkt. Die regulären Veranschlagungen der Einnahmen und Ausgaben des Reiches sind mit 10,400,000,000 Mark bilanziert. Dazu kommen noch außerordentliche Budget-Veranschlagungen in Höhe von 237,773,000 Mark.

In fast allen Reichsämtern sind Ausgabenminderungen für das Budget erzielt, angefangen beim Gehalt des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg, das um 20 Prozent auf 48,000 Mark im Jahre herabgesetzt ist, wozu noch 120,000 Mark Repräsentationsgelder kommen. Die Erhöhung der Ausgaben, welche durch die Vermehrung der Reichstagsabgeordneten von 491 auf 577 entstand, wird durch eine Senkung des Betrages der Einzelgehälter der Reichsboten mehr als wett gemacht.

Der Posten eines Gesandten des Reichs in München ist abgeschafft worden, aber andererseits figuriert auf dem Etat des Auswärtigen Amts ein Posten für Gesandtschaftsgebäude in Addis Abeba, Abessinien. Das Auswärtige Amt erzielt im Ganzen Ersparnisse von 4 Millionen Mark, weil es die Art an alle Bezüge der diplomatischen Vertreter Deutschlands im Ausland angelegt hat. Selbst die Bewilligung für Förderung deutscher Kulturbestrebungen und die Zuschüsse für deutsche Schulen im Ausland sind beschnitten worden; das Gleiche gilt von dem ständigen Beitrag des Reichs zur Bekämpfung des Alkoholismus.

In der Heeresverwaltung beziffern sich die Ersparnisse auf 4,500,000 Mark, in der Marineverwaltung auf 2,500,000, großenteils durch Verminderung der Offiziersstäbe erzielt. Der Marine-Etat enthält die erste Jahresrate von 10,830,000 Mark für den Bau des neuen Panzerkreuzers „Ersatz Lothringen", eines Schwesterschiffes des „Ersatz Preußen", ferner 4,400,000 Mark für kleinere Flottenbauten und 1,000,000 Mark für Luftangriffabwehr. Diese einmaligen Ausgaben stellen sich um 2,800,000 Mark höher als im Jahre 1930, aber man erwartet, daß beim Verkauf von veralteten Kriegsschiffen — drei Linienschiffen, drei Kreuzern und etwelchen Torpedobooten — ein Erlös von 3,000,000 Mark herausspringen wird.

In dem Budget ist vorgesehen, daß im Jahre 1932, vor Ablauf des siebenjährigen Amtstermins Hindenburgs, eine Präsidentenwahl stattzufinden hat. Die im Jahre 1931 zu bestreitenden Voraussgaben für dieses Ereignis figurieren in den Veranstaltungen mit 160,000 Mark. Aus einer anderen Bewilligung ist ersichtlich, daß in Berlin, unweit von dem berühmten Brandenburger Tor, ein Reichsehrenmal zum Andenken an die gefallenen Weltkrieger erstehen wird. 155,000 Mark sind dafür ausgeworfen.

Reparationen und Weltmarkt. Hans Luther, der Präsident der Reichsbank, erklärte in Dresden gelegentlich einer Ansprache, daß Deutschland auf dem Teil des Young-Plan bestehen müsse, welcher bestimmt, daß alle von dem Young-Plan berührten Nationen an der Lösung des Reparationsproblems mitarbeiten müssen. Das Weltkapital sollte über die ganze Erde verteilt und nicht an einzelnen Plätzen aufgespeichert werden. Er legte dar, daß Deutschland bei Erfüllung seiner Verpflichtungen auf eine Erhöhung seiner Ausfuhr angewiesen und mithin es von fundamentaler Bedeutung sei, daß „die Weltmärkte nicht gesperrt oder rationiert würden, sondern vielmehr dem natürlichen Wettbewerb geöffnet sein müßten." Er sagte, daß Deutschlands Währung „unerschütterlich" sei.

Schwerindustrie für Revision. Von den Eisen- und Stahlfabrikanten Westdeutschlands, deren Ansichten oft großen Einfluß auf die Haltung der deutschen Regierung ausübte, wurde soeben eine drastische Aenderung des Young-Plans und des Friedensvertrags von Versailles verlangt. Ihr Wortführer, Ernst Poensgen, Vorsitzender der Vereinigten Stahlwerke, erhob die Forderung. Er sagte, daß der Young-Plan zu einer Zeit angenommen wurde, als durch den Zufluß von ausländischen Kapital nach Deutschland irrtümliche Ansichten über den Wohlstand Deutschlands vorherrschten. „Heute sind alle Parteien und fast alle Deutschen der Ansicht, daß die Reparationslasten von Deutschland nicht getragen werden können," sagte Poensgen. „Wir müssen sowohl auf dem Felde der öffentlichen Finanzen als auch des Privatgeschäfts unser Haus in Ordnung bringen."

Parlamentarischer Erfolg MacDonalds. Die Arbeiter-Regierung Ramsay MacDonalds hat bei der ersten bedeutenden Abstimmung der gegenwärtigen Parlaments-Session mit 31 Stimmen Mehrheit den Sieg davongetragen. In politischen Kreisen wurde dem Ausgang der Abstimmung große Bedeutung beigelegt, da sie eine wirkliche Kraftprobe darstellte. Die Abstimmung galt einem Antrag der Konservativen für einen Zusatz zur Erwiderung auf die Thronrede. Der Antrag wurde mit 281 gegen 250 Stimmen abgelehnt.

Die Thronrede, die von König George in der Eröffnungssitzung des Parlaments gehalten wurde, die aber in Wirklichkeit eine Programmerklärung der Arbeiterregierung darstellt, ist in den letzten Tagen scharf angegriffen worden. Die Konservativen beanstandeten, daß die Regierung keine ausreichenden Maßnahmen zur Behebung der Krise in Industrie, Landwirtschaft und Handel vorgeschlagen und keine geeigneten Pläne für Bekämpfung der Arbeitslosigkeit habe.

Anfangs befürchteten die Anhänger der Regierung, daß die liberale Partei, die mit ihren Stimmen im Unterhause den Ausschlag geben kann, und der unzufriedene linke Flügel der Arbeiterpartei sich mit den Konservativen vereinigen und so einen Sturz der Regierung herbeiführen könnten. Diese Befürchtung wurde aufgehoben durch den Beschluß der Liberalen, sich der Abstimmung über den Zusatzantrag der Konservativen zu enthalten. Die Abgeordneten der radikalen Laboriten stimmten mit der Partei MacDonalds.

Politische Beobachter führen den Sieg MacDonalds auf die Tatsache zurück, daß weder die Konservativen, noch die Liberalen begierig sind, gegenwärtig durch einen Sturz der Regierung allgemeine Wahlen herbeizuführen. Die Liberalen entschlossen sich deshalb zur Stimmenthaltung, obgleich sie die Politik der Arbeiterregierung scharf bekämpfen. Neuwahlen würden beiden Parteien ungelegen kommen, da die Parteikassen erschöpft sind und die Wirtschaftslage des Landes ein Problem bieten, das für jede zur Macht kommende Regierung eine harte Nuß bedeuten würde.

Reichstribunal für das brit. Reich. Die britische Reichskonferenz ist sich über eine ganze Reihe von wichtigen Fragen schlüssig geworden, namentlich über die Einrichtung eines Reichstribunals zur Entscheidung der Zwistigkeiten unter britischen Dominien. Das Tribunal wird kein ständiges Institut sein, sondern von Fall zu Fall eingesetzt werden, und sein Verfahren ist als freiwillige Anrufung von Schiedssprüchen gedacht. Es wird irgendwo innerhalb des Britenreiches zusammentreten können, um einen jeweiligen Fall zu entscheiden, und gilt nicht als ein Ersatz für den Kronrat, welcher die höchste Berufungsinstanz im Britenreich bleiben soll.

Ferner sind die diplomatischen Beziehungen der Dominien zum Ausland neu geregelt worden; die Gesandtschaften, welche von Canada und vom Irischen Freistaat in Washington unterhalten werden, wurden als ein höchst erfolgreiches Experiment anerkannt, das auf andere Dominien ausgedehnt werden soll, wo immer sich die Notwendigkeit dafür ergibt. Auch zwischen den Dominien untereinander soll, wie empfohlen wurde, persönliche diplomatische Vertretung eingerichtet werden; die Vertreter würden sich nicht nur mit Auslands-, sondern auch mit britischen Reichsangelegenheiten zu befassen haben.

Die heikle Frage der diplomatischen Beziehungen der Dominien zum Ausland wurde einen Schritt weiter gebracht, wie bisher, durch den Beschluß, daß es den Dominien in Dringlichkeitsfällen freistehen soll, direkt mit einer Auslandsregierung zu verhandeln, statt die Verhandlung vom Londoner Auswärtigen Amt abmachen zu lassen. Wo, wie es in den Beziehungen Canadas zu den Ver. Staaten, Frankreich und Japan der Fall ist, ein Dominium bereits über diplomatische Vertreter im Ausland verfügt, werden sie mit der Auslandsregierung verhandeln. Wo das nicht der Fall ist, wird der Vertreter Großbritanniens die Unterhandlung durchführen.

Depression beginnt in Frankreich. Frankreich fühlt gegenwärtig die ersten Wirkungen der wirtschaftlichen Depression in der Welt, nachdem man sich Monate lang in einen allzu großen Optimismus eingewiegt hatte. In der Schließung der Banque Adam, eines 146 Jahre alten Finanzinstituts mit 55,000 Kunden, erblickt man das erste Anzeichen dafür, daß die Weltverhältnisse, von denen Frankreich so weit verschont geblieben ist, sich nun auch hier fühlbar zu machen beginnen. Obschon die Behörden erklären, daß das Faltieren einer Bank nicht als ein Anzeichen für die allgemeinen Zustände angesehen werden darf, verbreitet sich die fortgesetzte Krise in der Bau-, Metallurgie- und Textilindustrie auf andere Branchen, wie aus der unsicheren Haltung der Kurse hervorgeht.

Geld ist immer noch in genügenden Mengen vorhanden, und der Umlauf dürfte sich dank der Erfordernisse zum Monatswechsel zeitweilig noch erhöhen. Man nimmt jedoch auf der anderen Seite an, daß die Goldeinfuhr, die Frankreich ungeheure Reserven gegeben hat, ihr Ende erreicht hat und daß der Goldbestand allmählich wieder abnehmen wird.

Das aktive Interesse, daß die Regierung an der Entwicklung der Dinge nimmt, geht aus der Tatsache hervor, daß Finanzminister Paul Reynaud mit führenden Bankiers Konferenzen abgehalten hat, nachdem Gerüchte in Umlauf gesetzt worden waren, daß andere Banken und kommerzielle Institute ist den Unternehmungen der für den Bankkrach verantwortlichen Gruppe involviert waren.

Die Gegner des Ministerpräsidenten Andre Tardieu erklären, er sei zu optimistisch gewesen und habe es zugelassen, daß die Inflation länger angehalten habe, als rätlich war. Sie erheben weiter gegen ihn den Vorwurf, daß seine Politik dazu geführt habe, daß Frankreich eine Periode der Depression durchmachen müsse. Der Anfang dieser Periode sei offenbar jetzt gekommen.

Bulgar. Königspaar umjubelt. Von 60,000 bis 70,000 Bulgaren in einem Massenzug vor dem Königsschlosse wurde dem König Boris und seiner jungen Gattin Giovanna feierliche Huldigung dargebracht. Kabinettsmitglieder, Kammerdeputierte, städtische und ländliche Bewohner beteiligten sich an dem Vorbeimarsch, während das Königspaar auf dem Schloßbalkon stand und die Jubelgrüße des Volkes entgegennahm. Schier unendlich war der Massenzug, und erst als die junge Königin deutlich Spuren der Ermüdung zeigte, wurde von der Polizei die eigenartige Huldigung zum Abschluß gebracht. König Boris lud die Minister und die Mitglieder des Vorstandes der Deputiertenkammer zu einem Gabelfrühstück ein. Premier Liaptschew, an der Spitze der Regierungsmitglieder, hielt eine Ansprache zur Begrüßung des Königs nach seiner Hochzeitsreise.

Jubelnde Volksmassen umringten den König Boris, als dieser in seinem Kraftwagen durch die Straßen fuhr, um den Ministerpräsidenten zu besuchen. Berittene Polizei wollte den Weg frei machen, die Menge aber rief dem jungen Monarchen zu: „Besser ist es ohne Polizei. Ihre Untertanen selbst werden sie schützen." Die Führer der Massen bildeten dann eine enge Gasse durch das Menschengewühl, um dem König die Weiterfahrt zu ermöglichen. Jedem der Führer, die zu seinem Beistand gekommen waren, reichte der Monarch dankend die Hand.

Das unruhige Aegypten. Wie in Indien herrscht auch in Aegypten eine andauernde Gärung. Dieser Tage erlitten fünf Studenten bei Krawallen vor der Bulac Technischen Hochschule in Kairo, nachdem Versuche gemacht worden waren, das Gebäude in Brand zu stecken, Schußwunden und verschiedene weitere Mutenjöhne wurden verhaftet. Die Verletzten wurden nach einem Hospital gebracht. Wie die Polizei erklärt, gab sie zuerst Schreckschüsse in die Luft ab, ehe sie in die Menge schoß. Premier Ismaili Sidky Pascha hatte eine lange Konferenz mit dem Direktor der öffentlichen Sicherheit über zu ergreifende Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung. Vor drei weiteren Schulen fanden ebenfalls Ruhestörungen statt.

Seit geraumer Zeit herrscht in Aegypten angesichts des Widerstreits der Ansichten zwischen der Regierungspartei und der Partei der Liberalen über die beabsichtigten Verfassungsreformen große Spannung. Beständig durchziehen Polizei- und Kavallerietrupps die Straßen von Kairo und anderen Städten.

Krönung des Kaisers von Abessinien. Inmitten barbarischen Prunkes und überreicher Zeremonien wurde Ras Tafari Makonnen, der 39 jährige Prinz, der seit 14 Jahren Regent von Abessinien war, zum Kaiser Haile Selassie I. gekrönt. Gleichzeitig mit der Krönung von Ras Tafari wurde auch die Prinzessin Waizru Menen zur Königin Etaga Menen und Königin der Königinnen von Aethiopien gekrönt. Dies war praktisch die Mündigsprechung der 40jährigen Königin, deren Tätigkeit sich bis jetzt auf ihre häuslichen und mütterlichen Pflichten im königlichen Haushalt beschränkt hat. Sie hat fünf Kinder, von denen eines verheiratet ist, und hat sich bisher in keiner Weise an Staatsangelegenheiten beteiligt.

Die Krönungszeremonie, die von dem koptischen Erzbischof von Aethiopien selbst geleitet wurde, hat in der modernen Geschichte kein Gegenstück an Seltsamkeit, Farbe und Pomp. Sie kostete der Regierung etwa 83,000,000, denn seit einem halben Jahre waren die Vorbereitungen für sie im Gange. Zehntausende Eingeborene des Landes pilgerten den Majestäten zu, als sie nach der Kirche fuhren, und Dutzende von ihnen wurden zu Boden getreten als die Massen vorwärts drängten, um den König zu sehen.

Die deutsche Sprache in Amerika

Wie wirst du, o deutsche Sprache,
Verunziert in diesem Land,
Wie hat man zerfetzt und zerrissen
Dein wunderlieblich Gewand!

Wie zupfen und zerren so Manche,
Selbst gegen die eig'ne Natur,
Bis schließlich als Rest noch verbleibet
Eine elende Karrikatur.

Ja, selbst im häuslichen Kreise
Ist die deutsche Sprache verpönt,
Sie radebrechen ein Englisch,
Das die Sprache tatsächlich verhöhnt.

Von den Cooks und den Bowmans, den Sniders,
Den Smiths und den Youngs schweig' ich ganz;
Sie mögen sich selber schmücken
Mit dem gebührenden Kranz.

Die Sprache des Landes zu kennen
Ist ja von bedeutendem Wert;
Sich solcher Wahrheit verschließen
Wär' töricht und gänzlich verkehrt.

Doch braucht man deshalb nicht leugnen,
Was uns teuer und heilig soll sein;
Es bringt uns solch scheinheilig Handeln
Fürwahr keine Lorbeeren ein.

Bedient Euch der Muttersprache,
Wo immer es tunlich mag sein;
Es braucht sicher sich keiner zu schämen
Ein richtiger Deutscher zu sein.

Fritz Gradaus.

Heliumgas für Zeppeline

Dr. Hugo Eckener kündigt Aenderung der Banpläne für neue Luftschiffe an

Berlin. — Der weltberühmte deutsche Luftschiffführer, der Befehlshaber des „Graf Zeppelin", Dr. Hugo Eckener, überraschte die Tafelgäste beim Jahresbankett der hiesigen Amerikanischen Handelskammer durch die Ankündigung, daß angesichts des Unheils, das jüngst das britische Luftschiff „R-101" betroffen hat, der Zeppelin-Luftschiffbau seine Pläne geändert und beschlossen hat, für die beiden im Bau befindlichen großen Zeppeline Helium-Gas und Oelmotore zu verwenden.

Donnernder Beifall begrüßte Dr. Eckeners weitere Mitteilung, er habe aus Amerika bereits Nachricht erhalten, daß nicht entzündliches und nicht explosives Helium-Gas zur Füllung der beiden Zeppeline in irgendwelcher gewünschten Quantität zu haben sein werde.

Dr. Eckener setzte auseinander, daß seiner Ansicht nach das Unglück, welches dem „R-101" in Frankreich zustieß, nur einen Minimalschaden angerichtet haben würde, wenn nicht beim Niederkrachen des Riesenluftschiffs das Gas in seiner Hülle zur Explosion gelangt wäre. So aber sei das stolze Luftschiff in Flammen aufgegangen und 48 Briten hätten dabei ihr Leben eingebüßt.

Tschechischer Diplomat verprügelt

Wien. — Ein geringfügiger diplomatischer Zwischenfall ist für Oesterreich dadurch entstanden, daß sechs athletische junge Männer den Dr. Irrka, Gesandtschaftsrat in der hiesigen tschechoslowakischen Gesandtschaft, verhauen haben. Der Diplomat kehrte im Zug einer Kleinbahn aus Preßburg nach Wien zurück, als sich die sechs handfesten Jünglinge auf ihn stürzten und ihn verprügelten. Ihre Entschuldigung ist, daß sie „schwer bezecht" waren.

Schiffsverkehr nach Canada eingeschränkt

Sechs Linien schließen Betriebsgemeinschaft.

London. — Die sechs größten auf dem Nordatlantik betriebenen britischen Dampferlinien werden einen gemeinsamen Betrieb eröffnen, der ihnen während der langen Wintermonate eine beträchtliche Summe Geld ersparen dürfte.

Die sechs Linien sind die Cunard, White Star, Red Star, Canadian Pacific, Anchor und Atlantic Transport. Nach den Bedingungen des Vertrags wird der Fahrplan der Schiffe so geändert, daß die Konkurrenz verkleinert wird. In manchen Wochen werden nur vier Schiffe von Liverpool, London und Southampton nach New York abgehen. Der Dienst nach Canada wird durch den Vertrag ebenfalls erheblich verringert werden.

Der Vertrag ist, gleich dem Betriebsübereinkommen, das vor mehreren Monaten von der Hamburg-Amerika Linie und dem Nordd. Lloyd in Deutschland getroffen wurde. Dieses Abkommen hat sich angeblich als sehr wertvoll erwiesen.

Eine offizielle Bekanntmachung über das neue britische Abkommen ist noch nicht erfolgt, doch sind in den Londoner Tageszeitungen gemeinsame Anzeigen der betreffenden Gesellschaften mit den neuen Abfahrtdaten erschienen.

Amerikanische Prohibition unbeliebt

New York. — Zugunsten der „Nassen" scheint sich das Volk aller Staaten der Union ausgesprochen zu haben, in denen mit den allgemeinen Wahlen Volksbefragungen in der Getränkefrage verbunden waren. In einigen dieser Staaten hatte der Volksentscheid mehr als bloß akademische Bedeutung, da nicht nur die Frage gestellt war, ob das 18. Amendement gestrichen oder das Volstead-Gesetz abgeändert werden sollte (hierauf haben die Wähler der Einzelstaaten natürlich keinen unmittelbaren Einfluß), sondern zugleich darüber abgestimmt wurde, ob es bei den staatlichen Ausführungsbestimmungen bleiben oder diese außer Kraft gesetzt werden sollten.